

**Beschluss
der Stadtverordnetenversammlung**

20. Februar 2017
1 von 3

Sozialwohnungsquote

Antrag der Fraktion Kasseler Linke
- 101.18.247 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt bei Schaffung von Baurecht und Verkauf von städtischem Grund an private Investoren eine Sozialwohnungsquote in Höhe von 30% einzuführen, die folgenden Kriterien entspricht:

- die Quote greift ab der Schaffung von 4 Wohneinheiten
- die Wohnungen sind so zu vermieten, dass sie den Sätzen der KdU nach SGB II und XII entsprechen.
- die Quote gilt unbefristet
- 10% davon sind für die Sicherung von Wohnraum für Obdachlose festgelegt

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke, Freie Wähler + Piraten

Ablehnung: SPD, CDU, AfD, Stadtverordneter Burmeister,
Stadtverordnete Dr. Janusch, Stadtverordneter Nölke

Enthaltung: B90/Grüne, Stadtverordneter Ernst
den

Beschluss

Der Antrag der Fraktion Kasseler Linke betr. Sozialwohnungsquote, 101.18.247, wird **abgelehnt**.

➤ **Änderungsantrag der Fraktion Freie Wähler + Piraten**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt bei Schaffung von Baurecht und Verkauf von städtischem Grund an private Investoren eine Sozialwohnungsquote in Höhe von **20%** einzuführen, die folgenden Kriterien entspricht:

- die Quote greift ab der Schaffung von **20 Wohneinheiten bei Geschossbauten pro verkauftem Grundstück/Plangebiet, 50 Wohneinheiten bei Einfamilienhäusern.**
- die Quote gilt unbefristet.

2 von 3

Spiegelstrich 2 und 4 wird gestrichen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: AfD (6), Freie Wähler + Piraten

Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, Kasseler Linke (5),
Stadtverordneter Burmeister, Stadtverordneter Ernst,
Stadtverordnete Dr. Janusch, Stadtverordneter Nölke

Enthaltung: AfD (2), Kasseler Linke (1)
den

Beschluss

Der Änderungsantrag der Fraktion Freie Wähler + Piraten betr. Sozialwohnungsquote, 101.18.247, wird **abgelehnt**.

➤ Änderungsantrag der Fraktion B90/Grüne

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, bei Schaffung von Baurecht und Verkauf von städtischem Grund an private Investoren **ein Konzept zur Einführung einer Sozialwohnungsquote bis Mai 2017** in Höhe von ~~30%~~ einzuführen, die **zu erstellen und dabei folgende Kriterien zu berücksichtigen** entspricht:

- **Finanzierungs- und Umsetzungsstrategien**
- **bereits geplante Bauvorhaben**
- ~~die Quote greift ab der Schaffung von 4 Wohneinheiten~~
- ~~die Wohnungen sind so zu vermieten, dass sie den Sätze rechtlicher Rahmen zur Erfüllung~~ der KdU nach SGB II und XII entsprechen.
- **Abwägung der Vor- und Nachteile einer stadtweit festgesetzten Quote vs. einer quartiersbezogenen flexiblen Quote, jeweils ab 8 Wohneinheiten**
- ~~die Quote gilt unbefristet~~ **Absicherung einer möglichst langfristigen Mietpreisbindung**
- ~~10% davon sind für die Sicherung von Wohnraum für Obdachlose festgelegt~~

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

3 von 3

Zustimmung: B90/Grüne, Freie Wähler + Piraten, Stadtverordneter Ernst

Ablehnung: SPD, CDU, AfD (6), Kasseler Linke (1), Stadtverordneter Burmeister,
Stadtverordnete Dr. Janusch, Stadtverordneter Nölke

Enthaltung: AfD (2), Kasseler Linke (5)
den

Beschluss

Der Änderungsantrag der Fraktion B90/Grüne betr. Sozialwohnungsquote,
101.18.247, wird **abgelehnt**.

Petra Friedrich
Stadtverordnetenvorsteherin

Nicole Eglin
Schriftführerin